Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer Tageblatt.

Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten

Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptzollamts zu Bautzen, des Amtsgerichts, des Finanzamtes und des Stadtrats zu Bischofswerda.

Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dichteste Verbreitung in allen Volksschichten

Beilagen: Bilderwoche, Jugend u. Deutschtum, Mode vom Tage, Frau und Heim, Landwirtschaftliche Beilage. — Druck und Verlag von Friedrich May G. m. b. H. in Bischofswerda. Fernsprecher Nr. 444 und 445

Erscheinungsweise: Jeden Werktag abends für den folgend. Tag. **Bezugspreis** für die Zeit eines halben Monats: Frei ins Haus halbmonatlich Mk. 1.20, beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 50 Pfg. Einzelnummer 10 Pfg. (Sonnabend- und Sonntagsnummer 15 Pfg.) — Alle Postanstalten, sowie unsere Zeitungsausträger u. die Geschäftsstelle nehmen Bestellungen entgegen

Postscheck-Konto: Amt Dresden Nr. 1521. Gemeindeverbandsgirokasse Bischofswerda Konto Nr. 64. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis (in Reichsmark): Die 43 mm breite einspaltige Grundschriftzeile 25 Pfg., örtliche Anzeigen 20 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile (im Textteil) 70 Pfg. Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an bestimmten Plätzen keine Gewähr. — Rabatt nach Tarif. — Für Sammelanzeigen tarifmäßigen Aufschlag. — Erfüllungsort Bischofswerda

Nr. 92 — **Donnerstag, den 21. April 1927.** — **82. Jahrgang**

Tagesschau.

* In **Greifswald** kam es an den beiden Osterfeiertagen bei einer Zusammenkunft des Roten Frontkämpferbundes mehrfach zu **Zusammenstößen und Prügeleien.** Rote Frontkämpfer fielen über Passanten her, die Abzeichen, namentlich das Stahlhelmabzeichen trugen.

Aus Moskau wird gemeldet, daß die Gerüchte über **den Beitritt der Sowjetunion zum Völkerbund nicht den Tatsachen entsprächen.**

* **Tschangkaischek** hat den Vertretern der Mächte **offiziell mitgeteilt,** daß er eine **eigene gemäßigte chinesische Nationalregierung** in Nanking gebildet habe.

In **Marseille hat sich ein neuer italienisch-französischer Zwischenfall ereignet.** Ein von der italienischen Polizei entsandter Spitzel wurde von den Franzosen verhaftet.

Zu den mit * bezeichneten Meldungen finden die Leser Ausführliches an anderer Stelle.

Die englische Warnung.

Die britische Diplomatie hat außer der Behandlung der chinesischen Frage, die ja bereits reichliche Nervosität in London ausgelöst hat, zur Zeit bei der Ordnung der Dinge rings um das Mittelmeer Angelegenheiten der großen Politik zu behandeln, welche die Gabe eines besonderen Fingerspitzengefühls zur Voraussetzung haben. Im Rahmen des britischen Weltreiches bildet ja das Mittelmeerbecken eines der wesentlichsten Kettenglieder zwischen dem englischen Mutterland und den Besitzungen im nahen und fernen Osten. Jede sich hier ergebende ernstere Konfliktsmöglichkeit begegnet daher im Foreingh Office einer besonders sorgfältigen Behandlung. Bisher war Italiens albanische Aktion durch Herrn Chamberlain zum mindesten wohlwollend geduldet, vielleicht auch im Hinblick auf die Aussprache unter vier Augen, wie sie sich im Vorjahre im Hafen von Livorno zwischen dem britischen Außenminister und Mussolini abspielte, leicht begünstigt worden. Als aber dann bei der ersten Verschärfung der südslawisch-italienischen Beziehungen es ersichtlich wurde, daß im Falle eines Abbruches der diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Ländern oder gar einer bewaffneten Auseinandersetzung der europäische Frieden plötzlich eine erhebliche Einbuße erleiden könnte, war die englische Diplomatie angeblich bemüht gewesen, auf einen Ausgleich der divergierenden Interessen hinzuwirken. Hierbei ist es nun so gekommen, wie es von informierten Kreisen bereits vorausgesagt war, daß Italien an seinem schroff ablehnenden Standpunkt festhalten und, um seines Prestiges willen, als Großmacht südslawische Vorstellungen einfach ad acta legen würde. Man hat in England zu erkennen gegeben, welch schwere Enttäuschung Italiens neuerdings stark betonte Weigerung, zu verhandeln, hervorgerufen hat.

In diesem Zeitpunkt versucht nun die britische Regierung Italien vor Ueberspannung seiner Forderungen zu warnen. Man will die bisherige unbeugsame Stellungnahme der Regierung Mussolinis möglichst abschwächen und alles daransetzen, in letzter Stunde noch eine Zusicherung seitens der Consulta zu erwirken. Man verhehlt sich keinesfalls, daß Italien es schließlich auf das Aeußerste ankommen lassen will, ohne vorher von den doch gewiß „wohlgemeinten" Ratschlägen der englischen Regierung Gebrauch zu machen. Dabei müßte es ja dann letzten Endes dazu kommen, daß Chamberlain Herrn Mussolini zu verstehen gibt, daß bei einem offenen Konflikt mit Südslawien Italien als der schuldige Teil angesehen und England nicht auf seiner Seite, sondern sich gegenüber im Einvernehmen mit Frankreich befinden würde. Es ist so oft gesagt worden, daß die englische Flotte im Mittelmeer, im Rücken gedeckt durch die militärischen Stützpunkte Gibraltar und Malta, die italienische Küste fast unverteidigt und offen finden würde, daß also Italien in Uebereinstimmung mit England alles wagt, im Gegensatz aber zur englischen Politik keine eigentliche Handlungsfreiheit aufzuweisen hat. England besitzt in dem mit Mussolini bisher eingeleiteten diplomatischen Hand-in-Hand-arbeiten fast alle Trümpfe. Es ist daher durchaus als wahrscheinlich anzusehen, daß Mussolini zum mindesten ein Nachgeben als der Vorsicht bessern Teil in Rechnung ziehen wird. Selbstredend ist damit die Angelegenheit noch nicht zu Ende geführt, sondern nur in eine ruhigere Entwicklungsphase getreten, die eben nach britischer Ansicht geschaffen werden muß, um den Frieden auf dem Balkan, vielleicht sogar den europäischen Frieden, zu sichern. Die südslawische Regierung selbst hat anscheinend nur das eine Bestreben, daß England und Frankreich eine neue Verhandlungsbasis herstellen. Die englische Warnung könnte nun wieder einen Umschwung der Stimmung in Südslawien herbeiführen, vielleicht aber die Entscheidung dafür bieten, daß die Angelegenheit selbst dem Völkerbund oder einer neutralen Instanz zur Ueberprüfung zugeht.

Die Ziele der neuen südslawischen Regierung.

Budapest, 20. April. Das „Acht-Orsi-Ujsag" veröffentlicht einen Bericht seines Belgrader Korrespondenten, dem in dortigen Regierungskreisen erklärt wurde, die Auffassung, daß es sich bei dem neuen Kabinett um eine Diktatur handele, sei irrig. Die neue Regierung sei ein reines Arbeitskabinett. Der neue Außenminister sei für die Anwendung der Monroe-Doktrin auf dem Balkan. Zu der Forderung von italienischer Seite, die Verträge mit Südslawien zu kündigen, wurde dem Korrespondenten erklärt: Unsere Regierung wartet ab, was Mussolini auf die diesbezügliche Interpellation des italienischen Abgeordneten Dudan antwortet und danach werden wir uns richten. Das bedeutet nicht, daß man in Belgrad über jene Grenzen der Nachgiebigkeit hinausgehen werde, die mit den Interessen des Landes vereinbar seien.

Rom beharrt noch auf seinem Standpunkt.

Paris, 19. April. Die Telegraphen-Union erfährt von gut unterrichteter italienischer Seite über den Standpunkt der italienischen Regierung zu den Verhandlungen mit Südslawien, daß Italien seine Auffassung keineswegs geändert hat. Die italienische Regierung habe, als sie direkten Verhandlungen über die strittigen Punkte mit Belgrad zustimmte, in diese Fragen niemals eine Diskussion des italienisch-albanischen Vertrages mit einbezogen. Die italienische Regierung habe stets den Standpunkt vertreten, daß der Vertrag von Tirana die südslawische Regierung nichts angehe. Sie habe daher auch niemals einer Revision des Vertrages zugestimmt. Es liege für sie kein Anlaß vor, diesen Standpunkt zu ändern und sie werde daher auch unter keinen Umständen zulassen, daß der Vertrag von Tirana zum Gegenstand einer Diskussion in den Verhandlungen mit Südslawien gemacht werde.

Die Pariser Presse sekundiert Südslawien scharf in der Auffassung, daß der Pakt die Interessen Südslawiens berühre, und so entsteht der Anschein, daß es sich nicht mehr in erster Linie um einen italienisch-südslawischen Konflikt handelt, sondern bereits um einen Konflikt Italien-Frankreich.

England wird also seine Warnung noch etwas deutlicher gestalten müssen.

Fremde Befehlsgewalt am Rhein.

Immer näher rückt der Augenblick, in dem Deutschland seinen aus dem Artikel 431 des Versailler Vertrages sich ergebenden Rechtsanspruch auf eine vorzeitige Räumung des Rheinlandes formell geltend machen dürfte. Welchem Widerstand dabei die deutsche Politik in Frankreich zu begegnen haben wird, geht mit aller Deutlichkeit aus den Erklärungen hervor, welche die offiziöse Pariser Presse zu den in einer Kölner Zeitung gemachten Ausführungen Dr. Stresemanns abgegeben hat. Frankreich verlangt in gleichbleibender Hartnäckigkeit und in unveränderter Argumentierung neue deutsche Gegenleistungen, erwartet weitgehendste Garantievorschläge. Daß dazwischen ein Locarno-Abkommen geschlossen worden ist, scheint man in Frankreich völlig vergessen zu haben. Man kann nur annehmen, daß Poincaré, dessen Einfluß sich anscheinend ständig verstärkt, der Hauptführer dieser Presse-Agitation gewesen ist und auch Hauptträger der Initiative von der Gegenseite sein wird, wenn die offizielle Einleitung des deutschen Schrittes erfolgt. Die französische Generalität im besetzten Gebiet hat nach wie vor nur das eine Interesse, die Aufrechterhaltung der Besatzung mit allen Mitteln sicherzustellen. Man fühlt sich dort mit den erhöhten Zulagen und der unbeschränkten militärischen Machtvollkommenheit so wohl, daß ein Abzug nach Frankreich als das schwärzeste Los, gewissermaßen als ein Sturz von der Höhe empfunden wird. Selbstredend haben auch die englischen Besatzungsoffiziere ein größeres Verständnis für die besonderen Vorzüge der ihnen eingeräumten Stellung und sehnen sich daher auch nur zum geringsten Teil nach einer anderen Verwendung. Wenn der seitherige Oberbefehlshaber der englischen Rheinarmee, Sir J. P. Du Cane, in dem Abschiedsbefehl an seine Truppen betont, daß die Einwohner der englischen Zone in Sicherheit und Zufriedenheit leben und daß dies für die britische Rheinarmee die bemerkenswerteste Anerkennung bilde, so empfindet man auch hierin mehr das Paschatum der fremden Gewalthaber auf deutschem Boden, als irgend etwas anderes. Allerdings die Sicherheit der deutschen Einwohner der englischen Zone ist eine größere, als die unserer Mitbürger unter französischer Obhut. Von einer „Zufriedenheit" aber, von der der englische General weiß, kann selbstredend nicht gesprochen werden. Eine solche Auffassung muß deutscherseits als unerhörte Anmaßung zurückgewiesen werden, wie ja überhaupt die weitere Aufrechterhaltung der Besatzung im Rheinland die gefährlichste Anmaßung unserer alten Gegner und die schwerste Belastung des Friedens darstellt und bleiben wird.

•

In einem Artikel des Temps zu den Ausführungen des Reichsaußenministers Dr. Stresemann in der „Köln. Ztg." heißt es wörtlich: Wenn Stresemann erklärt, daß die feierlichen Erklärungen der Westmächte betr. die Herabsetzung der Zahl der Besatzungstruppen nicht verwirklicht worden seien und daß die Aufrechterhaltung dieser Besatzung bei der gegenwärtigen Lage Europas eine Anomalie bedeute, so vergißt er die geringste Anspielung auf die Garantien zu machen, die Deutschland geben könnte, um eine Regelung zu ermöglichen.

Die Deutsche Allgem. Ztg. bemerkt dazu: Hier wird also von dem französischen Blatt behauptet, daß Deutschland nicht nur für das gänzliche Verschwinden der Besatzung, sondern sogar schon für eine Herabsetzung der Zahl der Besatzungstruppen irgendwelche Bürgschaften zu leisten habe. Das ist eine unglaubliche Verdrehung des Tatbestandes. In der Note der Botschafterkonferenz vom 14. 11. 1925 ist mit Unterschrift Briands in feierlichster Weise eine erhebliche Herabsetzung der Stärke der Besatzungstruppen versprochen worden. Dies Versprechen ist bis heute nicht erfüllt. Es war an keinerlei Bedingung geknüpft, sondern seinerseits die Voraussetzung dafür, daß die Locarnoverträge im Dezember 1925 in London unterzeichnet wurden.

Der französische Sozialistenkongreß für die Räumung.

Paris, 19. April. Auf dem Bankett des Kongresses der Sozialistischen Partei in Lyon erklärte heute u. a. der Reichstagsabgeordnete Breitscheidt, die Räumung des Rheinlandes und des Saargebietes sei unbedingt notwendig für die endgültige Wiederherstellung des Friedens. Die Besetzung sei eine Anomalie und eine Gefahr für den Frieden. Die deutsche Sozialdemokratie unterstütze die Außenpolitik der deutschen Regierung, weil sie wisse, daß Stresemann den Frieden wolle und daß er die Politik betreibe, für die die Sozialdemokraten eingetreten sind. Leon Blum erklärte in seiner Erwiderung: Was die Räumung des Saargebietes und des Rheinlandes anbetrifft, haben wir vollkommen die gleichen Ansichten wie die deutschen Sozialdemokraten, denn wir wissen, daß der Friede nicht hergestellt werden kann, ohne daß diese beiden schwerwiegenden Fragen geregelt sind.

Ein französisches Kriegsgerichtsurteil.

Mainz, 20. April. **Das französische Kriegsgericht verurteilte den Kaufmann Schmiedel zu 150 ℳ Geldstrafe oder 30 Tagen Gefängnis, weil er in Höchst am Main zur Geldsammlung für einen Denkmalsfonds zur Errichtung eines Gefallenendenkmals des Mainzer Infanterie-Regiments 87 aufgefordert hatte.**

Die Lage in China.

Tschangkaischek notifiziert die Regierungsneubildung den Mächten.

Berlin, 20. April. Nach einer Morgenblättermeldung aus Schanghai hat Tschangkaischek den dortigen Vertretern der Mächte gestern nachmittag notifiziert, daß er sich von der politischen Kantonregierung in Hankau losgesagt und eine eigene gemäßigte chinesische Nationalregierung in Nanking eingesetzt habe.

Die Lage ist nunmehr so, daß wir außer der nordchinesischen Regierung Tschangtsolins, die bekanntlich ihren Sitz in Peking hat und großen Wert auf erträgliche Beziehungen zum Auslande legt, im Süden an Stelle der bisherigen Kantonregierung die nationalistische Herrschaft Tschangkaischeks in Nanking und daneben das kommunistische Regime haben.